



Pressemitteilung, 01.09.2016

Mit koordinierter Stellenbewirtschaftung die Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren austrocknen

Die Zuweisung von 100 zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten im Rahmen eines Nachtrags zum Stellenausgleich II./2016 hat den BLVN und den VLWN positiv überrascht. Dies ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen, so die Vorsitzenden der Berufsschullehrerverbände BLVN und VLWN Heinz Ameskamp und Joachim Maiss.

Da aber bereits 120 Stellen wegen der Arbeitszeitkonten gestrichen wurden, bedeutet dies für 2016 eine Verringerung der Zuweisung von insgesamt 20 Stellen. In 2017 ist die Streichung weiterer 120 Stellen geplant. Somit sind tatsächlich wirksam werdende Stellenzuweisungen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen, wie in der Pressemitteilung des MK vom 26.08.2016 aufgezeigt, nicht erkennbar.

So wichtig und richtig eine Erhöhung der Stellenzuweisung für die berufsbildenden Schulen auch ist, ohne die dringend erforderliche Forcierung der Lehrerausbildung in den Mangelbereichen wird eine bessere Stellenauslastung aber nicht gelingen, da keine bedarfsgerechte Einstellung an den Schulen erfolgen kann. Die zentral angeordnete koordinierte Stellenbewirtschaftung durch das MK wird dieses Problem ebenfalls nicht lösen, sondern den erfolgreich eingeschlagenen ReKo-Prozess eher austrocknen. Der 2011 von allen Parteien im Landtag beschlossene Prozess alle berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren (ReKos) zu entwickeln, ist damit de facto gestoppt.

Die berufsbildenden Schulen in der Region sind alle recht unterschiedlich und komplex aufgestellt. Ein Aufblähen von Verwaltungswegen wird dem Entwicklungsprozess in keiner Weise gerecht. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels unterliegen die Akteure der beruflichen Bildung in naher Zukunft einem hohen Anpassungsdruck. Zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen sind ein hoher Grad an Flexibilität und ein großer Gestaltungsspielraum erforderlich.

Der BLVN und VLWN fordern die Landesregierung auf, die in der Landtagsdrucksache 16/2243 vom 19.02.2010 von allen politischen Parteien festgeschriebenen bildungspolitischen Ziele, ohne Streichung einzelner Abschnitte, wie z.B. der eigenverantwortlichen Mittel- und Stellenbewirtschaftung durch die ReKo, weiterzuverfolgen.

V.i.S.d.P. Heinz Ameskamp, Joachim Maiss